

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Samstag...  
Verantwortlicher: Hans Nordens 2286 und 2287.

Diebstahl...  
Verantwortlicher: Hans Nordens 2286 und 2287.

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Zuspitzung der Krise.

## Generalfreie in Weimar.

Privattelegramm der „Freiheit“.

Leipzig, 1. März. Wie die „Leipziger Volkszeitung“ erzählt, hat der Generalfreie in Weimar heute früh begonnen.

### Der Ernst der Situation.

Die Versammlung der Weimarer Parteifunktionäre der Mehrheitspartei am 28. Februar 1919 forderte, wie der „Vorwärts“ mitteilt, einstimmig die sofortige Einberufung eines Parteitagess der Gesamtpartei. Die politische Situation sei so ernst, daß ein schnelles Handeln nötig sei und keinen Aufschub dulde.

Von der Regierung verlangte die Funktioneerkonferenz (Kernarbeiten d. h. durch Kollegen und Verbindungen die wichtigsten Fragen des Wirtschaftsliebens zu regeln).

Der meiste Wunsch der Funktioneerkonferenz, daß der Baden der Verhandlung mit den Bruderparteien weiter gesponnen und die gegenseitige Bekämpfung endgültig eingestellt wird.

Der Beschluß der Versammlung zeigt deutlich, daß die Funktioneäre der S. D. D. die Verderblichkeit ihrer Politik einzusehen anfangen. Sie haben die Massen nicht mehr in der Hand und sehen, daß die Partei dank der bisher besetzten Politik vor dem Zusammenbruch steht. Der Reichsrat E. Barth, der vor einigen Tagen im „Vorwärts“ diesen Vorschlag anknüpfte und die schnelle Einberufung eines Parteitagess forderte, hat dank der in den letzten Tagen eingetragenen Verschärfung der innerpolitischen Lage, die die Regierung mit einer Katastrophe bedroht, die allgemeine Anerkennung der Berliner Parteifunktionäre gefunden, die jetzt retten wollen, was zu retten ist.

## Der Generalfreie in Leipzig.

Privattelegramm der „Freiheit“.

Leipzig, 1. März.

Der Generalfreie dauert in unverändertem Umfange an. Er herrscht in der Stadt vollkommen Ruhe. Heute früh finden Verhandlungen statt zwischen Vertretern des Bundes der Krankenkassen und Vertretern der Krankenkassenärzte.

Die Lebensmittelgeschäfte haben alle wieder geöffnet. Die Milchzufuhr ist wieder genügend, die Zufuhr von Gemüse allerdings gering. Die Lebensmittelverteilung an die Arbeiterklasse soll direkt erfolgen.

Auch in Schleusitz ist der Generalfreie ausgebrochen. Der Ort ist für den Eisenbahnverkehr sehr wichtig, da er an der Grenze von Sachsen und Sachsen liegt. Die Eisenbahner haben sich dem Generalfreie angeschlossen.

## Die Streiklage in Halle.

Aus Halle wird über die dortige Lage berichtet: Halle ist eine tote Stadt. Seit Mittwoch vermittelte streiken in der Stadt die Post- und Eisenbahnbeamten, die Straßenbahn, die Magistratsbeamten, die Lehrerschaft, die meisten Kreisverwaltungsbediensteten sowie sämtliche Geschäftsinhaber mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte. Sämtliche Theater und Kinos sind geschlossen, auch die meisten Schulen. In Betrieb sind lediglich das Wasserwerk, das Gas- und Elektrizitätswerk, der Schlachthof und die Friedhöfe. Am Donnerstag vermittelte fand ein großer Demonstrationsumzug der Arbeiterklasse statt. Auf dem Marktplatz wurden mehrere Ansprachen gehalten, die alle zum Ausschalten im Generalfreie aufforderten, um die Macht der Regierung über Scheidemann zu brechen. Vor dem Bahnhof Halle vielen sich täglich, erregte Szenen ab, denn die vielen Fremden sind verzweifelt, daß kein Zug abgelassen wird. Viele mieten sich Fuhrwerke und verlassen so die Stadt. Doch werden jetzt auch Fuhrwerke auf der Landstraße vor der Stadt zum Umkehren gezwungen. Halle ist gänzlich von der Außenwelt abgeschlossen, kein Brief und keine Zeitung gelangt mehr in die Stadt. Die Zeitungen haben ihr Erscheinen gänzlich eingestellt. An ihrer Stelle gibt der Streikanschlag ein Nachrichtenblatt heraus, das jedoch nur Betrachtungen zum Streik enthält. Hier haben alle Räder still. Gestern vormittag eröffnete der Arbeiterrat mit einigen Leuten die Brotmarkenaußgabe wieder, nachdem er von der Stadt die Herausgabe der Schlüssel und des Materialmaterials verlangt hatte. Für viele Säuglinge ist keine Milch mehr vorhanden. Die großen Sandströme, die nach Halle führen, sind bewacht. Leute, die zu Fuß nach und von Halle kommen,

werden auf Waffen durchsucht, können dann aber ihre Reise fortsetzen.

Die bürgerliche Presse verbreitet eine S. T. D. -Medung. Spezialisten hätten von Halle aus einen Zug nach Magdeburg in Bewegung gesetzt, um dort den Generalfreie hervorzurufen. Durch Witznahme von Bittreisenden hätten sich die Spartakisten Deckung gegen Regierungstruppen verschafft. Das Kommando sei aufgebracht und der Zug in Halle unter Feuer genommen worden. Dabei habe es Tote und Verwundete gegeben.

Die Meldung ist, soweit sie sich auf die „Spartakisten“ bezieht, von Anfang bis zu Ende erlogen. Tatsache ist, daß von Halle aus ein Leertzug nach Magdeburg abgelassen wurde, um die festengebliebenen Reisenden weiter zu befördern. Ein überstürzter Bahnhofsbesitzer telephonierte daraufhin an das Generalkommando in Halle, daß der Zug am 1. März, welches von Vorbringen dorthin verlegt worden ist, von Halle aus sei ein Spartakistzug im Anfahren. Daraufhin wurden vor dem Röhren Bahnhof Soldaten mit schußfertigen Maschinen gewehrt aufgestellt, und als der Zug ankam, wurde er ohne Warnung unter Feuer genommen. Das Feuer wurde, wie auch die bürgerliche Presse meldet, trotz Schreien von weihen Töchtern fortgesetzt. Bisher sind 6 Tote und viele Verwundete zu beklagen. Durch das Einschreiten des Röhrener Arbeiterrats wurde weiteres Unheil verhindert.

## Der Zwischenfall im bayerischen Rätekongreß.

Neben den Anschlägen auf die Spartakistenführer im bayerischen Rätekongreß verbreitet W. T. D. noch folgende Meldung:

Nach in der Nachmittags-Sitzung des Rätekongresses eben Minister Unterleitner sein Referat über die Kommissionen beendete hatte, die eine Grundlage für die Klärung der politischen Lage darstellen sollen, erschien plötzlich nachmittags gegen 8 Uhr eine Abteilung der republikanischen Haupttruppe in Stärke von 15-20 Mann in dem Sitzungssaal und nahm bei den Vätern der Spartakisten-Anhänger Stellung. Mit vorgehaltenem Revolver kommandierten die einrückenden Soldaten: „Hände hoch!“ Es entstand eine fürchterliche Aufregung. Die Delegierten im Saal hoben die Hände in die Höhe. Der Führer des Kommandos rief mit erheblichem Revolver zur linken Seite des Saales: „Die Frauen und nicht mehr länger von Lumpen der Straße regieren lassen!“ „Wir brauchen eine richtige Regierung!“ Die Soldaten des Kommandos packten darauf Dr. Leber, der am Ministerreich sah und führten ihn ab, ebenso die kommunistischen Arbeiterratsmitglieder W. Hoffmann und Landauer.

Die Verhaftung wurde von einigen Vätern der Mehrheitssozialisten mit Beifall begleitet. Auf den Rühretribünen setzte großer Lärm und Protest ein. Die Tribünen wurden geräumt, nur die Pressevertreter durften bleiben. In der ständischen Erregung konnte sich der Präsident des Kongresses nicht nur schwer Gebärde verschaffen. Er protestierte gegen das Eindringen der Soldaten und stellte ausdrücklich fest, daß die Zeitung des Kongresses mit dem Vorfall nichts zu tun habe. Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort! (Bravo!) Er empfahl, sofort eine Untersuchungskommission einzusetzen, Schärfer Protest gegen das gewalttätige Eindringen der Soldaten wurde von verschiedenen Seiten erhoben. Die Erregung wuchs bis zur Höhe. Der Unabhängige Teller selbst die Regierung vor Verantwortung des Rätekongresses als größtes Verbrechen. Die Schutztruppe steht unter dem Kommando des Stabskommandanten Dürr. Diese muß sofort verhaftet werden. Solche Vorfälle treiben nur in den Bürgerkrieg. Mit vorgehaltenem Revolver befehligt man keinen Gegner. (Wutrufe links und Toden gegen die Mehrheitssozialisten.) Der Vorsitzende des Soldatenrats, Gauber, erklärte, daß hinter dem Vorschlag weder die Mehrheit noch die linken Sozialisten stehen. Es scheint eine bestimmte Persönlichkeit dahinter zu stehen. Man will provozieren! Die drei Genossen müssen sofort wieder herein. Nur so kann der Bürgerkrieg verhindert werden.“ Präsident Nießlich: „Es muß aufs schärfste verurteilt werden, ein Mißgeschick aus diesem Hause heraus zu verhaften.“ (Lobende Zustimmung.)

Hieraus protestieren noch mehrere Redner energisch gegen die gewalttätige Handlung und die Verletzung der Immunität von Mitgliedern des Rätekongresses. Nach einer Viertelstunde erklärten Dr. Leber und Hoffmann wieder im Sitzungssaal. Sie waren auf Intervention von Mitgliedern des Hauses von der Wache wieder freigelassen worden. Bei ihrem Erscheinen im Saal wurden sie härmlich begrüßt. Es wurde sofort eine Untersuchungskommission eingesetzt.

## Das Urteil des Proletariats.

Die Geschichte selbst sagt zu Gericht — der das Urteil vollstreckt, ist das Proletariat!

Karl Marx in einer Rede vom 14. April 1856.

Als der militaristisch-imperialistische Wahnsinn in den Novembertagen unter den Schlägen des revolutionären Proletariats zusammenbrach, da sollte nach der Ueberzeugung der Massen nicht nur die politische Reaktion, sondern auch die ökonomische Sklaverei ein Ende haben. Gestützt auf die A- und S.-Masse, schufen die sozialistischen Parteien eine Regierung, die den alten morsche Staat in ein sozialistisches Gemeinwesen umformen sollte. Und den wirklichen Dingen vorausweisend, nannte man das neue Deutschland stolz eine sozialistische Republik.

Aber die Revolution war vom ersten Tage mit zwei Grundübeln belastet, erstens mit dem militaristisch-ökonomischen Bankrott des alten Systems und zweitens mit der Spaltung des sozialistischen Proletariats. Fast schon in den ersten Revolutionstagen, als es in der Sturmflut der neuen Umwälzungen die Gegenläufe innerhalb des Sozialismus verschwinden würden. Das war indessen nur der Schein. Die Ebert-Scheidemann bewiesen durch ihr Verhalten gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft, daß sie seit dem 9. November nichts gelernt und nicht verstanden hatten. Die in der muffigen Stille des Krieges geübte Politik des charakterlosen Kompromisses, die sich um jede klare Entscheidung mit der Bourgeoisie feige herumdrückte, wurde folgerichtig weitergetrieben. Wohlwollend hulderten und förderten sie die im Kriege gebliebene Bürokratie, Diplomatie und Militärkaste, ablehnend standen sie den sozialistischen Forderungen des Proletariats gegenüber, offen mißachteten sie die Ansätze der Revolution, die A- und S.-Masse und deren Volksorgane. Diese verbrecherische Gewaltpolitik sozialistischer Renegoten mußte die Spaltung des Proletariats gewaltig vertiefen. Leidenschaftlicher denn je prallten die Gegensätze und Meinungen auseinander. Unter Protest verließen die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie die Regierung.

Mit der Weimarer Regierung der Rechtssozialisten beginnt eine neue Phase der Revolution, die Phase der Ausbittung sozialistischer Ansätze in Politik und Wirtschaft, der brutalen Gewaltanwendung gegen das vorwärtsdrängende Proletariat, der offenen, innigen Gemeinschaft mit der konterrevolutionären Bourgeoisie, — die Phase der Moskautokratie, der Ewigerklasse, der Kanonen, Sandgranaten und Maschinengewehre, der gefüllten Ruchthäuser und der Spartakus-Prozesse, kurz, des organisierten weihen Schändens. Vereinigt mit der gesamten Bourgeoisie bildet die mehrheitssozialistische Regierung die Partei der Ordnung gegenüber der Partei des Sozialismus.

Einer bürgerlichen Partei und Klasse hätten diese „Taten“ unvergänglichen Ruhm und Ehre bereitet, einer „sozialdemokratischen“ Partei oder gar einer zu ewiger Schande, deren Folgen sich mit jedem Tage immer deutlicher zeigen.

Nicht die „sozialistische“ Regierung bemüht, über ihre Armut an sozialistischem Geist auf politischem Gebiet durch die heuchlerische Phrase und die nackte Gewalt wenigstens vorläufig hinwegzuschleichen, so verlangen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet solche Methoden nicht. Hier entscheiden nur wirkliche Leistungen, und da offenbar sich die vollendete Unfähigkeit, die Plan- und Ziellosigkeit der regierenden Würzburger Harmonieabstimmung. Diese Herren lagten sich nämlich: Um des lieben Friedens willen dürfen wir die Bourgeoisieinteressen nicht ernstlich verletzen; also vertragen wir den Sozialismus, mit dem Proletariat werden wir schon fertig werden. Das ist die Devise der rechtssozialistischen Wirtschaftspolitik.

Nicht gering steht der katastrophale Schiffbruch der kapitalistischen Volkswirtschaft vor unser aller Augen. Sie hat das Volk in namenloses Elend gestürzt, Hunger, Elend und der schleichende Tod sind die Hauptgäste des deutschen Proletariats, während eine kleine Minderheit des Volkes in überquellendem Überfluß schwelgt. Arbeitslosigkeit, Lebensmittelmangel, Rohstoffmangel und Stillstand der Produktion — wer hat sie erzwungen? Die Entente — die Revo-

ktion? Nein, der Hauptschuldige ist die deutsche Bourgeoisie, denn sie war bis zu der Katastrophe die unbedingte, verantwortliche Herrin des deutschen Schicksals. Ihre imperialistische Weltpolitik, ihre wahnwitzige Streben nach Weltgeltung und Weltbeherrschung hat Deutschland in den Abgrund geschleudert. Diese bisher Deutschland beherrschende Masse ist geistig und moralisch unfähig, aus den Trümmern eine gesunde Wirtschaftsordnung zu errichten. Satt und herrisch über ihren Besitzern und Willkürherrscher, steigert sie das Chaos, indem sie, jede praktisch-sozialistische Bewegung des Proletariats mit heimtückischer Sabotage beantwortet.

Selbstherrin der kapitalistischen Bourgeoisie aber ist die sozialistische Regierung, die es ängstlich verheimlicht, die schöpferische Macht des revolutionären Proletariats in Anspruch zu nehmen und aus Respekt vor dem Eigentum und aus Ehrfurcht vor der „Demokratie“ die Arbeiterräte verweigert und verleumdet. Die Arbeiterräte — diese sich frei und unmittelbar auf die Massen stützenden Organe der Revolution, frei von der Vormundschaft bürokratischer Instanzen, frei in ihrem Denken und Tun, fest entschlossen, an die Stelle der ausbeuterischen Lohnsklaverei den Sozialismus zu setzen, — diese Arbeiterräte finden in der „sozialistischen“ Regierung ihren schärfsten Widersacher; jedes Mittel ist ihr recht, die drängenden, mahnenden Vertreter der Arbeiterklasse in den Staub zu ziehen.

In der Nationalversammlung hat die Politik des faulen und charakterlosen Kompromisses ihren Höhepunkt erreicht: Noch sind nicht vier Monate vergangen und das herrliche Werk des 9. November ist durch die Gert-Scheibemann-Landsberg-Rolle zu einem Scheinsozialistisch-liberal-kerikalen Dastard geworden.

Die Komödie im Theater zu Weimar fehlt den Schlüssel unter die lange Reihe von Verrätereien, mit denen die Rechtssozialisten sich während der Revolution über und über bedeckt haben. Scharf, als man es erwartete, haben die arbeitenden Massen die Komödie durchschaut und sich entäuert und erbittert von ihr abgewendet. Die rechtssozialistischen Harmonikapoker spielen schon selbst, daß der Boden unter ihren Füßen erbebt. Kengstlich sind sie bemüht, die Bügel nicht ihren Händen entgleiten zu lassen. Neben den Wecheln der Gewalt, der Lüge und Verleumdung wenden sie jetzt die Methode der Beschönigung an. Sie wird ihnen nichts helfen. Denn schon sieht die Geschichte selbst zu Gericht über ihnen, und das Proletariat, das sich überall im Reiche gegen sie erhebt, wird sein unerbittliches Urteil vollstrecken.

### Fälschungen.

Sie sehen weiter, die Blätter aller Schattierungen vom „Vorwärts“ bis zum „Kolosalen“. In großen Lettern mit schreienden Überschriften erzählen die gestrigen Abendblätter Klammern über beachtliche Spartakuspunkte in Spandau. Die Vertrauensleute der Staatsbetriebe hätten in einer Zusammenkunft zum 5. März den Generalkreis beschließen. Sie verlangen die Errichtung der reinen kommunistischen Regierung, die Gewalt der A- und S-Räte, Freigabe der Kirchen zu Versammlungen usw. Im Falle eines gewalttätigen Einschreitens würden sie Gewalt gegen Gewalt anwenden, die päpstlichen Verträge, die Gas- und Wasserwerke würden sie gewalttätig zum Stillstand bringen und was der Schwindel nachrichten mehr sind.

Die Leipzig, nun die Dinge? Die am 27. Februar in Spandau tagende Zusammenkunft sämtlicher Vertrauensleute der Arbeiter der Staatsbetriebe besaßen sich u. a. mit dem Streit in Mitteldeutschland. Es wurde nach ausgiebiger Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 27. Februar 1919 im Abgeordnetenhaus in Spandau tagende Konferenz sämtlicher Vertrauensleute der gesamten Arbeiterschaft der Staatsbetriebe Spandaus fordern den in den Zuständigkeiten der Reichsregierung liegenden Arbeiterräten und erklären, ihre Forderungen in jeder Hinsicht unterbreiten zu wollen. Sie fordern ihrerseits:

1. Anerkennung der Arbeiter-, Betriebs- und Soldatenräte und Schaffung gesetzlicher Unterlagen über deren Stellung in der Verfassung.
2. Sofortige Inangriffnahme der Verfassungsentwürfe aller für die Sozialisierung relevanter Betriebe sowie die sofortige Sozialisierung der Bergbau- und der Verkehrsmittel.
3. Schnelle Errichtung und gerechte Verteilung aller Lebensmittel und energische Bekämpfung des Schleichhandels.
4. Energievolle Maßnahmen zur Steuerung der Arbeitslosenfrage durch Beschäftigung der Arbeit (Rathausarbeiten).

Die Versammelten erklärten, diese Forderungen der gesamten Arbeiterschaft zur Abstimmung vorzulegen und gegebenenfalls bei Nichtbefriedigung der Forderungen durch die Regierung und zur Unterstützung der streikenden Arbeitssolidarität Mitteldeutschlands auch der Arbeiterschaft Spandaus den Streik zu empfehlen.

Diese Resolution wurde der Reichsregierung in Weimar sowie den Streikleitungen in Leipzig und Halle telegraphisch übermittelt.

Die Vertrauensleute erklären also ausdrücklich, daß der gesamten Arbeiterschaft Spandaus diese Forderungen zur Abstimmung vorzulegen zu wollen, bezogen Sache ein Streikbefehl ist.

Die Meldungen der bürgerlichen Blätter sind offensichtlich nur zu dem Zweck erfolgt, durch diese Aufreizung den Anschein zu erwecken, als wenn große Fische geplant würden, um dann dem Korps Rütteln zum Einmarsch und zur Besetzung Spandaus Gelegenheit zu geben. Die Machenschaften sind so durchsichtig und liegen hier wieder so klar zutage, daß keinen Augenblick ein Zweifel an den wahren Absichten ihrer Verbreiter aufkommen wird. Wir weisen auch nicht daran, daß die Spandauer Arbeiterschaft die Ursachen dieser Radikationen erkennen und sich nicht provozieren lassen wird.

### Zur Ermordung der Vorwärts-Parlamentäre.

Der von uns veröffentlichte Bericht des Augenzeugen über die heillose Ermordung der sieben Parlamentäre in der Draganer-Kaserne hat Herrn Stampfer zur Verteidigung dieser Mordtaten auf den Plan gerufen. Herr Stampfer ist es etwas ganz neues, daß die sieben Verstorbenen brutal mißhandelt und dann hingerichtet worden sind, obwohl bereits unmittelbar nach diesem Vorfall Einzelheiten darüber von uns und anderen Organen veröffentlicht worden sind. Mit welcher Genußlosigkeit Herr Stampfer ausgestattet ist, zeigt der zweite Tag seiner Erklärung:

„Auch die Offiziere, die denen ich mich nach der Verhandlung der Gefangenen erkundigte, sagten kein Wort davon, daß jemand erschossen worden sei.“

Hat Herr Stampfer schon jemals erlebt, daß ein Mörder ohne jede Veranlassung sich selbst der Mordtat bezieht? Wir sind überzeugt, dieser Rechtfertigungsversuch der Mörder durch Herrn Stampfer wird weder den Mördern Freude bereiten, noch Herrn Stampfer das Zeugnis eintragen, daß er mit dem sonst an ihm gerühmten Scharfsinn an die Betrachtung dieses Vorfalls herangegangen ist.

Wir geben nachstehend die uns von dem Augenzeugen zu den Angaben des Herrn Stampfer zugegangene Erklärung wieder. Wie der Zeuge uns außerdem mitteilte, hat unsere Veröffentlichung bereits ihre Wirkung gezeigt. Obwohl der Staatsanwaltschaft der Name dieses Zeugen bereits am 6. Februar mitgeteilt worden ist, hatte er bis zu unserer Veröffentlichung am 28. Februar keine Einladung zur Aussage erhalten. Jetzt, also unmittelbar nach unserer Veröffentlichung, ist sie ihm telefonisch zugegangen. Die Erklärung des Augenzeugen lautet:

In den Ausführungen des Herrn Stampfer erklärte ich: Nicht ich allein, sondern noch ein anderes Mitglied der republikanischen Soldatenwehr ist gemeinsam mit Herrn Stampfer, dessen Name ich bisher nicht kannte, in die Draganer-Kaserne gegangen. Wenn Herr Stampfer erklärt, er habe von uns keine Kenntnis über die Verhaftung der sieben Parlamentäre erhalten, so ist das eine Unwahrheit, denn sowohl ich als auch mein Kamerad haben Herrn Stampfer die Erklärung der 7 Parlamentäre mitgeteilt. Wenn Herr Stampfer ferner behauptet, daß er weder Blutspuren noch die Leiden gesehen habe, so erkläre ich, daß die Leiden und die großen Blutlachen sowie die aus den Aderwickeln der Erschossenen herausgerissenen Teile, unbedingt gesehen werden mußten, da sie direkt am Eingang gelegen haben und nicht übersehen werden konnten.

Wenn glaube ich Herrn Stampfer, daß er von den Offizieren keine Auskunft über die Errichtung der Stöben erhalten hat, aber ich kann bereits verraten, daß Herr Major Stephan in einem Brief an den Vater eines der Getöteten geschrieben hat, daß die in Frage stehenden erschossen worden sind, da sie durch ihre Handlungswelt ihr Leben verwirrt hätten.

Auf die weiteren Ausführungen einzugehen, erübrigt sich, da ich für die Wichtigkeit meiner Behauptungen nicht nur einen, sondern noch mehrere Zeugen nachhaft machen werde und bereit bin, meine Aussagen vor Gericht eideschwören zu lassen. Redigieren haben sich nach der Veröffentlichung meiner Schilderung in der „Freiheit“ noch weitere Augenzeugen gemeldet, die meine Darstellung bestätigen.

### Der Schwindel des „Vorwärts“.

Die „Neue Zeitung“, München, bezieht die Mitteilungen des „Vorwärts“ über ein verabschiedetes Komplott gegen den Landtag als Schwindel. Weiter wird gesagt, daß der Angriff auf Kueck die Kesselhandlung eines Einzelnen gewesen sei, die die Ermordung Dierkes auslöste. „Es ist ganz unrichtig“, sagt das Blatt weiter, „daß niemand daran denke, Lindner festzunehmen. Seine Verhaftung ist sofort angeordnet worden; er hat sich aber nur durch schnelle Flucht entzogen. Es waren Mitglieder des revolutionären Arbeiterrates selbst, die als selbstverständliche Konsequenz den Antrag zur Verhaftung stellten.“

Trotzdem aus der vorstehenden Meldung klar ersichtlich ist, daß in München niemand daran gedacht hat, den Mörder gegen Kueck vor seiner verdienten Strafe zu bewahren, wagt es der „Vorwärts“ heute noch einmal, uns vorzumerzen, wir hätten uns schuldig vor den Münchener Mörder gestellt.

Wer in Wirklichkeit öffentliche Mörder in Schutz nimmt, daß mögen unsere Leser unserer Seite über die Ermordung der sieben „Vorwärts“-Parlamentäre entnehmen. Aber der „Vorwärts“ hat alle Veranlassung, den Totbestand, wie er sich in München abgespielt hat, zu verunkeln. Hat er doch nicht nur die unwahre Behauptung aufgestellt, daß der Mörder gegen Kueck nicht verhaftet wurde, sondern vor allen Dingen, daß dieses Verbrechen vom revolutionären Arbeitererrat geplant gewesen sei und mit allem Vorbedacht erfolgt wäre.

Diese Darstellung ist von ihm verbreitet worden, um die Einigung der Arbeiter in München, die sich gegen ihre rechtssozialistischen Führer richtete, zu verhindern. Der „Vorwärts“ wollte damit den Zusammenbruch verhindern, welcher der von ihm mit allen Kräften unterstützten verhängnisvollen Politik droht. Über dieses Verbrechen ist ihm nicht gesagt. Der Zusammenbruch der Politik der rechtssozialistischen Führer hat sich in München vollzogen und wie die Ereignisse in Berlin und im übrigen Reich zeigen, ist er auch hier nur noch eine Frage von Tagen.

### Opposition gegen das Kompromiß in Braunschweig.

Braunschweig, 28. Februar. (W. L. N.) Die Obleute der revolutionären Arbeiterschaft, die Vertreter der Volksmarine-division und der Volkswache hatten beschlossen, das zwischen den Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten längst bestehende Kompromiß (das zum Rücktritt der unabhängigen Regierung und zur Bildung der neuen aus Unabhängigen und Mehrheitssozialisten bestehenden Regierung führte) nicht anzuerkennen.

In einer von Tausenden besuchten Arbeiterversammlung auf dem Schloßplatz gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, durch die die Arbeiterpublik und die Diktatur des Proletariats proklamiert, der Braunschweigische Landtag für aufgelöst erklärt und die Bildung einer roten Armee ausgerufen wird. In den Reden wurde aufgegeben, daß die bayerische Republik Braunschweig zu gleichen Vorgehen aufgefordert und ihm Schutz und Beistand zugesagt habe und gefordert, daß mit der Offizierskammer und der Regierung Scheibemann ausgedrückt werden müsse. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. Die Stadt ist vollkommen ruhig.

### Die Mehrheitsparteien fordern Kolonien.

Weimar, 28. Februar. Der Nationalversammlung ist folgende von Mitgliedern aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen unterzeichnete Entschließung zugegangen: Sie legt gegen die einseitige Anerkennung der Wilson-Bedingungen, die von Deutschland und den Alliierten als gemeinsame Grundlage für den Frieden angenommen sind, durch den Entwurf des Völkerbundes Gewährung ein und fordert die Wiedereinrichtung Deutschlands in seine kolonialen Rechte.

### Das sächsische Grundgesetz.

Dröben, 28. Februar.

Die sächsische Volkssammer nahm heute die Endberatung über den Entwurf eines vorläufigen Grundgesetzes für den Freistaat Sachsen vor. Der Ausschuss hat einige Änderungen an der Regierungsvorlage vorgenommen, deren wichtigste die ist, von der Einbringung eines besonderen Staatspräsidenten einstweilen abzusehen und die diesem zugedachten Posten dem Ministerpräsidenten zu übertragen, der von der Volkssammer zu wählen ist.

Es lag ferner ein Vorschlagsentwurf vor, der folgendes befragt: Sachsen ist ein demokratisch-sozialistischer Freistaat im Rahmen des Deutschen Reiches. Die Sozialisierung der Wirtschaft ist nach dem Stande der Entwicklung herbeizuführen. Die dazu nötigen Wirtschaftsgebiete und die Schätze des Bodens sind in gesellschaftliches Eigentum überzuführen und unter staatliche Aufsicht zu stellen. Auch hierbei ist der Zusammenhang Sachsens mit dem Reiche zu beachten und zu wahren. Die Produktion ist planmäßig nach sozialistischen Grundsätzen zu gestalten, die Verteilung der Verbrauchsgüter dementsprechend zu regeln.

Ferner hatte die Minderheit des Ausschusses einen Antrag gestellt, der die verfassungsmäßige Verantwortung der Arbeiter- und Soldatenräte als gesetzliche Einrichtung neben dem Parlamentarismus bezog.

Bei der Abstimmung wurde zunächst der zuletzt genannte Minderheitsantrag über die A- und S-Räte gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt, dafür aber ein mehrheitssozialistischer Eventualantrag angenommen, wonach über die Rechte und Pflichten der A- und S-Räte ein besonderes Gesetz erlassen werden soll.

Der Vorschlagsentwurf über die Sozialisierung der Wirtschaft wurde Johann mit 48 Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen gegen 28 Stimmen der drei bürgerlichen Parteien angenommen.

Schließlich wurde das vorläufige Grundgesetz im ganzen in der Ausschussfassung mit allen gegen 21 Stimmen der Unabhängigen und der Unabhängigen angenommen.

Darauf erklärte Volksbeauftragter Dr. Grabnauer, daß nunmehr die Aufgabe der neuernannten Regierung erledigt sei, die inselgebehen ihre Kommittee in die Hände der Volkssammer zurücklege. Auf Antrag sächsische Demokratie erklärte sich Dr. Grabnauer namens des Gesamtministeriums jedoch bereit, bis zur Bildung einer neuen Regierung die Geschäfte weiterzuführen.

Es bedeutet immerhin einen Fortschritt, daß die Bestimmung über die Sozialisierung der Wirtschaft in die sächsische Verfassung aufgenommen worden ist. Um so mehr ist die Ablehnung des Antrages der Unabhängigen über die verfassungsmäßige Verantwortung der Räte, mit deren Hilfe allein die Sozialisierung durchgeführt werden kann, zu verurteilen. Der mehrheitssozialistische Eventualantrag, wonach über die Rechte und Pflichten der A- und S-Räte ein besonderes Gesetz erlassen werden soll, ist nicht als ein Zukunftswort, gegen dessen Ausfüllung die Arbeiterschaft mit Recht das größte Misstrauen hegt.

### Vollversammlung der S.-Räte des Gardelcorps.

Am Freitag trafen die Soldatenräte des Gardelcorps im Plenarsaal des Herrenschauspielhauses zu einer Korpsversammlung zusammen, um nunmehr endgültig Stellung zur Wahl eines Korps-Soldatenrates zu nehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vertreter des Generalkommandos, Hauptmann von Capelle, im Namen des kommandierenden Generals von Köchmann folgende Erklärung ab: „Die Wahl des A. S. R. des Gardelcorps findet auf Grund der Verfügung der Regierung vom 19. 1. 1919 statt. Diese Verfügung bildet die gesetzliche Grundlage des Zusammenwirkens des Generalkommandos und des A. S. R. Beide sind an ihren Inhalt in gleicher Weise streng gebunden. Bei Übertretung in das Friedensverhältnis habe ich mich vorbehalten, hinter die Regierung gestellt und damit die Verpflichtung übernommen, ihren Verfügungen unter allen Umständen nachzukommen. Obzwar unbedingt muß auch der heute zu wählende A. S. R. die von der Regierung erteilten Verfügungen achten und, soweit er dazu berufen, zur Durchföhrung zu bringen helfen. Nur wenn der A. S. R. von diesem Geist unbefangenen Gehorsams gegenüber den Anordnungen der Regierung erfüllt ist, läßt sich ein gedeihliches Zusammenarbeiten erwarten.“

Diese Erklärung wurde besonders in ihrem letzten Teile mit herzlichem Widerspruch entgegengenommen.

Kamerad Nibrecht schilderte nunmehr an die Dornerriffe, die bisher in der Frage des A. S. R. aufgetreten wurden. Er gab der Eröffnung Ausdruck, daß nunmehr endlich der Weg für eine ordnungsmäßige Wahl angebahnt sein möge. Der A. S. R. solle aus 11 Personen gebildet werden, wovon vier von dem Generalkommando, der Intendantur, dem Sanitätsamt und dem Gericht des Gardelcorps der Versammlung zur Bestätigung vorzulegen seien, während die übrigen Mitglieder aus der Mitte der Vertreter gewählt werden.

In der neuen Verfügung im A. S. R. 19271, wonach Beamte zum Soldatenrat weder gewählt noch wählbar sind, kommt ein Vertreter für das Gericht nicht mehr in Frage, so daß die Verlesung aus ihrer Mitte 8 Kandidaten zu wählen hätte. Nach einer ziemlich lebhaften öffentlichen Debatte wurde zur Wahl durch Stimmzettel geschritten, die folgendermaßen lauteten: Platte (Kriegsrat), Kroschky (Stabsarzt), Minow (Stabsarzt), Hüdel (Kriegsrat), Kabele (Garde-Train), Krebs (Garde-Train), Schmitz (Garde-Kassier), Wille (Ref.-Kas. Friedrichshain), Blantele (Sanitätsamt), Reil (Generalkommando), Schröder (Intendantur).

Auf den Bericht über den Reichstagsrat der Soldatenräte wurde in Anbetracht der vorerwähnten Zeit vertagt und die Kameraden auf Ost 4 der Zeitchrift „Der Arbeiter-Mai“ hingewiesen, in welchem ein zusammenfassendes alle Beschlüsse genau wiedergebendes Protokoll über jene Verhandlungen erschienen ist. Die Wahl der nichtamtlichen Mitglieder der Reichsversammlung des Kriegs- und Oberkriegsgerichts wurde dahin erledigt, daß die zu den einzelnen Gerichten unabhängigen Normaloffiziere gruppenweise zusammentraten und entsprechende Vorschläge machen sollten. Die endgültige Wahl nehmen dann gemäß einer Verfügung des A. S. R. die von den S.-Räten erwählten militärischen Mitglieder des Volksgenrates vor. Im Interesse der in Untersuchungshaft befindlichen Soldaten soll diese Angelegenheit so schnell wie möglich erledigt werden.

### Politische Nachrichten.

Sie protestieren. Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, dem die württembergischen Freyschmied- und auschweissender Wäherzeugung kein angeschlossen, hat einen erbitterten Protest gegen die Zustimmung zum letzten Völkervertrag abgeben an die Nationalversammlung und an sämtliche Reichsminister



# Groß-Berlin.

Die Eröffnung des Parteitagcs erfolgt Sonntag 2 Uhr im Perrehaus.

## Das Pferdefleisch.

Von berufener Seite wird uns geschrieben: In der schlimmsten Zeit der Unterernährung ist alle Antipathie gegen das Pferdefleisch geschwunden. Welche Kreise der Bevölkerung haben die ganze Speisekarte durch Pferdefleisch und Pferdewurst zu verbessern. Ohne Zweifel stände es um unsere Ernährung noch weit übler, hätten wir in diesem Nahrungsmittel nicht einen erheblichen Ertrag gefunden. Gerade die ärmeren Schichten der Bevölkerung sind es, die sich am Pferdefleisch einigermaßen schadlos halten, weil sie die sortenfremden Schleichhandelspreise nicht zahlen können. Daß die Produktion von Pferdewurst ganz bedeutend ist, zeigt uns ein Blick in die Schaufenster der Gastwirtschaften und Lebensmittelgeschäfte, sowie der Straßenhandelt. Es kommen wöchentlich Tausende von Schlachtpferden zur Verarbeitung, welche uns die Demobilisierung des Heeres auf den Markt geworfen hat.

Infolge der ungeheuren Nachfrage und durch Schuld der Behörden ist es jetzt zu Ruheständen gekommen, die eine scharfe und öffentliche Kritik herausfordern. Besonders ist der Höchstpreis für Pferdefleisch und Wurst auf 1,80 Mark für das Pfund festgesetzt. Solange sich der Preis für Schlachtpferde für das Pfund auf 1,20 bis 1,50 Mark bewegte, wurden die festgesetzten Preise durchaus innegehalten. In den letzten Wochen ist aber Pferdewurst für die Verarbeitung nicht unter 3,50 bis 4 Mark für das Pfund zu haben gewesen. Daß dadurch die Rohschlächter außerstande sind, im Kleinverkauf zu 1,80 Mark zu verkaufen, ist selbstverständlich. Die meisten Rohschlächter haben sich dadurch zu helfen gesucht, daß sie wenig oder gar kein Fleisch verkaufen und die Wurst zu einem höheren Preise an die Händler absetzen. Der Unmut der Bevölkerungskreise, welche die Ursachen über die Einkaufspreise des Verkaufes nicht konnten, richtete sich insbesondere gegen die Rohschlächter.

Die zur Aufsicht bestellte Behörde, in diesem Falle die Provinzialfleischstelle, hätte die Verpflichtung, hier rasch einzugreifen. Daß geschieht aber in einer Weise, die aller Bezeichnung spottet und wodurch die ganze Produktion stillgelegt wird.

Anstatt das Uebel bei der Wurzel anzufassen und eine Preisgrenze für Schlachtpferde festzusetzen, damit die Möglichkeit gegeben ist, zum Höchstpreise zu verkaufen, sind 40 Kontrollbeamte angestellt worden, die lediglich Jagd auf diejenigen Rohschlächtereien machen, die bei einem Einkaufspreise von 4 Mark nicht für 1,80 Mark verkaufen wollen. Ganze Verriebe werden lahmgelegt, Fleischvorräte werden beschlagnahmt, die Konzession wird entzogen usw. Etwas Widerwilligeres hat es noch nicht gegeben. Wohl haben wir unter der alten Regierung in der Kriegswirtschaft sehr viel Anlaß zum Kritizieren gehabt, weil die Festsetzung der Höchstpreise zumeist gleichbedeutend mit dem Verschwinden der Ware vom Markt gewesen ist. Hier grinsen uns aber aus unzähligen Schaufenstern die Preise für Pferdewurst an, die einen drei- und vierfachen Betrag anzeigen als amtlich zulässig ist, und die aufbelegte Bevölkerung zahlt die Wucherpreise, weil sie leben muß. Währenddessen die Beamten der Provinzialfleischstelle in Berlin herumtrudeln und die geordnete Produktion lahmlegen und nur damit erwidern, daß das Gewerbe rein unterirdisch betrieben wird. In den tiefsten Kellern, wo kein menschliches Auge sich hin verirrt, da wird die Produktion der Pferdewurst von der Behörde hineingetrieben. Das ganze Gewerbe befindet sich auf Wanderjagd. Jeder sucht selbstverständlich seine Existenz zu halten, offen zu produzieren ist unmöglich geworden. Die Provinzialfleischstelle treibt das Gewerbe in den Sumpf. Das ist ein offener Stand, gegen den bisher vergeblich protestiert wurde. Heute muß offen geredet werden. Die hilflosen Bureaukraten in der Provinzialfleischstelle und im preussischen Landesfleischamt müssen beiseite und durch Männer ersetzt werden, die Sinn für die Wirklichkeit haben. Es geht um mehr als um die Stubesselebre. Wozu die vielen Regierungsräte und Juristen, man soll Männer aus dem Volke und der Praxis an diese Stelle setzen. Wir haben zwar einen sozialistischen Minister für Ernährungswesen, aber noch schlimmere Zustände als früher, weil man die unfähige Beamtenmaschine einfach weiterlaufen läßt. Weshalb nimmt man Vertreter der Arbeiter der einzelnen Fachgruppen nicht in diese Körperchaften auf, weshalb schlicht man den Preis der Juristen, Regierungsräte so hermetisch von dieser Seite ab? Man spricht doch soviel von der neuen Zeit, aber es hat sich nichts geändert.

Es ist uns wiederholt gemeldet worden, daß die Provinzialfleischstelle bei ihren eigenen Auktionen auf dem Viehmarkt einen Preis von 2,50 bis 3 Mark erzielt hat. Diese Behörde will dann das Recht herleiten, die Einhaltung der Höchstpreise zu überwachen, wenn sie fast den doppelten Preis für ihre Schlachtpferde fordert.

In der Rohwurstfabrikation sind circa 600-700 Gejellen beschäftigt, dieselben werden durch die fortgesetzte Schließung der Betriebe arbeitslos, sie wenden sich gegen die Protokollmachung, die durch die lächerliche Taktik der Behörde erzeugt wird und wenden sich mit den Arbeitgebern gegen die Kontrollbeamten, die schon wiederholt ihre Wege gehen mußten, um Mißhandlungen zu entgehen. In welchen Zuständen führt das? Will man etwa die bewaffnete Macht aufbieten, um jegliche Produktion lahmzulegen oder will man endlich die Hilflosigkeit dieses Systems einsehen.

Der Staat hat in der Zeit der Demobilisierung Hunderttausende von Pferden veräußert. Wäre es nicht richtig, gewisse, diese gewaltige Zahl von Schlachttieren den Kommunalverbänden zu überweisen, damit sie der menschlichen Ernährung sinngemäß zugeführt werden konnten. Erhielten die Rohschlächter das Fleisch zu einem festen Preise zu gewiesen, wie das auch heute mit dem Rindfleisch geschieht, so war die Durchführung eines dem Produkte angemessenen Höchstpreises möglich. Heute werden für Fleisch schon 6 bis 7 Mark und für Schlachtwurst sogar 9 bis 10 Mark bezahlt. Solche Zustände schreien zum Himmel. Da wird soviel geredet vom Sozialisieren und von der öffentlichen Bewirtschaftung und trotzdem sind unter dem neuen Regime der Fleischhändler Millionen in die Schik geworfen worden.

Noch ist es Zeit, die öffentliche Bewirtschaftung des Pferdefleisches vorzunehmen, das Gewerbe in geordneten Bahnen zu bringen, Ein- und Verkaufspreise im Einklang zu halten und in einer Höhe, die dem Produkt entsprechen, andernfalls wir in Kürze für Pferdewurst die reinste Abwanderung bekommen werden. Die zeitweilige Unterbindung der Produktion und Befestigung des Produktes wird vom gerissenen Geschäftsmann wieder durch erhöhte Preise wettgemacht werden. Einzelne Vororte von Berlin geben das Pferdefleisch jetzt auf Karren aus. Die Rohschlächter sind angewiesen, Kundenlisten wie die anderen Schlächter anzulegen, auch wird den Rohschlächtern mit Beschlagnahme gedroht, wenn sie den Höchstpreis überschreiten. Das hat dazu geführt, daß die Geschäfte Fleisch überhaupt nicht verkaufen, sondern nur Knochen. Damit hat man also den Konsumenten nicht gebolfen. Wenn nicht in irgendeiner Form etwas geschieht, werden die nächsten Tage vielleicht einige Ueberraschungen bringen, weil sich die Rohschlächter gegen die gängliche Unterbindung der Produktion zur Wehr setzen.

## Stadtverordnetenwahl Spandau

Sonntag, den 2. März, von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

## Unabhängige sozialdemokratische Partei Liste Hornig-Köppen.

### Eine neue Hege?

Eine Auseinandersetzung, die Genosse Adolf Hoffmann in der Kirchengemeindeversammlung im Stadtbaule am 18. u. 19. hatte, wird vom „Christl. dem. Soldatenbund“ zu einer neuen Hege benutzt. Auf eine Einladung dieses Bundes zu einer Versammlung hat Hoffmann folgende Antwort gegeben:

„Ihre Einladung zu der „Proletenversammlung“ Ihres Bundes mit der Tagesordnung: „Adolf Hoffmann und das Eisene Kreuz“ habe ich erhalten.“

Ich vermute wohl mit Recht, daß dieselbe ihre Ursache hat in einem Herrn, mit dem ich in der Versammlung der Freireligiösen Gemeinde am Sonntag, den 18. Februar, in der Berliner Stadthalle während der Diskussion, veranlaßt durch seine Ironie, eine kleine Auseinandersetzung hatte. Da ich Ihrer Einladung nicht Folge zu leisten beabsichtige, will ich, um neue Ergänzungen von vornherein auszuschließen, folgende Erklärung auf Ihre Einladung abgeben:

Der oben bezeichnete Herr mochte bei meinem Schlußwort u. a. einen Widerspruch mit Bezug auf sein Christentum hervorbringen. „Welcher Art von Christentum Sie sind, sehe ich an Ihrem Ansofisch.“ Auf einen weiteren Zuruf des Herrn, daß er sich das „Eisene Kreuz“ in Ehren verdient habe, indem er für das Vaterland kämpfte, erwiderte ich: „Ich habe nichts Gegenständliches behauptet. Aber wer in Ihrem Sinne Patriot ist, dessen verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist es, sein Leben für das Vaterland einzusetzen. Für die einfache Pflichterfüllung solle er sich nicht mit Orden und Bändern bedängen, ebenso wie ich, wenn es mir möglich wäre, einem Menschen das Leben zu retten, keine Rettungsmedaille tragen würde. Denn, kann ich einem Menschen, besonders in Lebensgefahr, beistehen, so ist das meine Menschenpflicht und damit würde ich mich weder brühen, noch meinen Mitmenschen lächeln durch Tragen meiner Abzeichen unter der Kasse reiben, was für ein Feld ich dort. Das ist ohne Bemühen, meine Pflicht getan zu haben, muß mir als Mensch und nicht auch als Christ genügen.“

Das sind die Gründe, die auch denkende Menschen längst zu der Forderung: Wahrung aller Orden und Ehrenzeichen gebracht hat. Gerade vom christlichen Standpunkt sollte das etwas so selbstverständliches sein, daß darüber kein Wort mehr zu verlieren wäre.

Ganz besonders ist mir aber ein christlicher Soldatenbund ebenso unähnlich wie ein Wasserheilverfahren predigender Arbeiterverein oder ein abstinenter Weinbändlerbund. Ich habe auf dem Standpunkt Vordenker: „Und schlägt Euch wie die Heiden weidlich, nur spricht dabei nicht vom dem Hellsand.“

Von Ihrer Objektivität darf ich wohl erwarten, daß Sie diese meine Zeilen wörtlich zur Kenntnis der Versammlung bringen.“

### Der „Vorwärts“ vor Gericht.

Durch die Zeugenvernehmung des „Vorwärts“-Redakteurs Erich Kuttner, belam die geistige Verhandlung in den sogenannten Sozialistengesetzen vor der Reichskammer des Reichsgericht I ihr besonderes Gepräge. Kuttner ist nach der Einnahme des „Vorwärts“ am Sonntag vormittag gegen 11 Uhr in das Gebäude gekommen, um die Führung der neuen Besatzungstruppe zu übernehmen, die der Schutztruppe des Reichstags unterstellt war. Er machte vor Gericht Angaben über die Art der Vermittlungen und Einwendungen im „Vorwärts“. Nach seiner Schätzung belam sich der Gesamtschaden unter Hinzurechnung der übrigen im Vorwärtsbause befindlichen Firmen auf 800 000 Mark. Gegenüber dem Staatsanwalt, der von 12 Taten auf selten der angreifenden Regierungstruppen sprach, betonte der Zeuge, daß nach seinen Informationen die Zahl höchstens 8 betragen habe. Um für ihre Mandanten den Mangel des Beweismittels der Strafbarkeit ihrer Handlungen zu beweisen oder in das Bereich der Möglichkeit zu ziehen, richteten die Verteidiger Siebnecht und Dr. Weinberg zahlreiche Fragen an den Zeugen Kuttner, die oft die Form einer regelrechten politischen Debatte annahmen. Zunächst wurde von Dr. Weinberg festgestellt, daß der Zeuge nach der Eroberung des „Vorwärts“ einen unbefugten bewaffneten Gaulen geführt hätte, ohne besonders dazu legitimiert zu sein und sich also ebenso strafbar gemacht hat wie die heutigen Angeklagten. Zudem gehörte seine Mannschaft zu derselben Truppe, der im Reichstagsgebäude Verwaltungen, wie Erbrechen von Wullen, Verschneiden von Lederseilen usw. nachgewiesen worden sind. — Auf Befragen des Staatsanwalts Siebnecht mußte der Zeuge zugestehen, daß er am 9. November selbst zu den Revolutionären gehörte, die das Wolffsche Telegraphenbureau besetzt hielten, weil es als offizielles Organ der alten Regierung unwürdige Nachrichten in die Welt setzte, ohne daß gegen ihn ein Verbot erlassen eingeleitet worden ist. An die Frage des Verteidigers, ob dem Zeugen bekannt ist, daß der „Vorwärts“ selbst zu den Organen gehört, die unwürdige Nachrichten verbreiten, antwortete er, daß er sich keine Meinung bilden kann, im Verlaufe derer der Zeuge behauptete, daß innerhalb bestimmter Kreise der Berliner Arbeiterklasse große Erbitterung über den unter dem Schutze des Verlagsorganszustandes geraubten „Vorwärts“ verbreitet ist.

In einer Verteidigungsrede für die vor Gericht stehenden 12 Angeklagten von der „Vorwärts“-Verwaltung machte der Rechtsanwalt Siebnecht geltend, daß die Presse nach der Revolution so „offiziell“ erschienen ist, wie sie es vorher war; der 9. November hat die Atmosphäre nicht in dem Maße verändert, wie es nötig gewesen wäre, so daß die „Vorwärts“-Verwaltung

der „Vorwärts“, von der der Staatsanwalt in seiner Anklage rede sprach, in bedeutend milderem Lichte erscheint. Die Zeugen Dr. Weinberg und Dr. Leander beantragte Freisprechung ihrer Mandanten, da durch die Beweisaufnahme nicht erwiesen sei, daß sich die Angeklagten ihrer Strafbarkeit bewußt waren.

Das Gericht fällte folgendes Urteil: August Palschke und Carl Klein sind freizusprechen. Arthur Dreiser und Johann Seitzner erhalten 6 Monate, Ferdinand Demuth, Israel Torontschel, Hans Wolffowicz, Gustav Nachmann je 8 Monate, Alfred Haupt und Julius Wulfan je 9 Monate, Hans Pool und Wilhelm Ebel je 10 Monate Gefängnis.

### Unzulässige Agitation im Wahllokal.

Au der Zeit unter vorstehender Ueberschrift in Nr. 192 der „Freiheit“ wird uns noch mitgeteilt, daß der Antrag mit den Sammelkarten (insbesonders für die deutschen Kriegsgefangenen) auch in anderen Wahllokale ausbreitet wurde. Im Wahllokal 694, Karlstr. 82, lag eine solche Liste auf dem Wahlisch neben der Urne. Eine Weisung eines Vertrauensmanns wurde vom Wahlleiter, Kaufmann Tacke, höflich abgewiesen. Erst die Anführung unseres Genossen, namentlich das Recht in Anspruch zu nehmen und eine Liste des Arbeiter-Unterstützungskomitees für die Streikopfer“ auszulapen, veranlaßte den Wahlvorsteher, seine Liste verdrängen zu lassen.

Auch in dem Wahllokal am Tempelhofer Ufer 20 wurde eine solche Sammelkarte herangezogen. Ein Genosse, der im Wahllokal für eine gute Sache etwas zu geben, einen Beitrag leistete, ist jetzt empört darüber, daß er einem Schmelzel zum Opfer gefallen ist.

Eine brave Parteigenossin ist am Freitag in der Person der Genossin Wilhelmine Weig, Christianstr. 11, verstorben. Die bald Dreißigjährige war eine echte, schlichte Proletarin. Unsere Sache war ihr Daseinsfrage. Und als die Kriegspolizei und unsere eigenen Wege wies, hielt sie uns die Türe. Nachdem Genossin gab die Verstorbene ein gutes Beispiel, indem sie als Vorsitzführerin in die Wäsche sprang, als Not am Mann war. Und obwohl ihr das Treppensteigen nicht leicht fiel, verteilte sie unermüdet Flugblätter, Einladungen und das Mitteilungsblatt „Grundbesitz im Westen“, dachte sie nie an sich, immer opfer- und hilfsbereit, immer in treuer Pflichterfüllung. Trotz reger Parteiarbeit im Wahlverein und für den Konsum war die Genossin Weig eine brave Gattin und prächtige Mutter; sie lübt und fühlte im Kriege mit anderen Kämpfern.

Bis in die letzten Tage hinein galt ihr Streben unserer Sache, bis eine plötzliche eingezeichnete Gehirnerkrankung ihren schnellen Tod herbeiführte und ihrem Wirken ein Ziel setzte. Die Genossin des 6. Kreises, insbesondere die Genossinnen der 18. Abteilung (Gefundbrunnen) verlieren in der Verstorbenen in tüchtigen Mitglied. Ein gutes Andenken ist ihr sicher.

Jährliche Gehälter. Im Wernerwerk (Werk- und L.-Bureau) der Firma Siemens u. Halske A.-G. bekommen die unteren Angestellten, die nach der Revolution vom Militärdienst entlassen sind, nachstehendes Gehalt: Ein Herr, 22 Jahre, 25 M. Gehalt und 18,50 M. Teuerungszulage; ein Herr, 23 Jahre, 23 M. Gehalt und 18,50 M. Teuerungszulage; ein Herr, 23 Jahre, 24 M. Gehalt und 18,50 M. Teuerungszulage; ein Herr, 25 Jahre, 30 M. Gehalt und 18,50 M. Teuerungszulage; ein Herr, 26 Jahre, 27 M. Gehalt und 18,50 M. Teuerungszulage; ein Herr, 35 Jahre, 30 M. Gehalt, 27,70 M. Teuerungszulage und für ein Kind 6,80 M. Gehalt ist verheiratet. Also ein Durchschnittsverdienst von 26,50 M. (Grundgehalt). Allerdings soll es ab 1. Januar 1919 eine Erhöhung der Zulage von 12 1/2 Prozent zum Grundgehalt geben. Daß die Angestellten dabei nicht übermäßig werden, dafür braucht man keine Sorge zu haben.

Turngenossen I. und II. Klasse. Unter diesem Titel veröffentlichte der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 25. Februar eine Rundschreiben, die auf einen in der letzten Generalversammlung des Turnvereins „Aidie“ gefaßten Beschluß Bezug nimmt, wonach nur solche Mitglieder in den Vorstand gewählt werden sollen, die eingetragene Mitglieder der U. S. V. D. oder A. V. D. seien. Dabei wird behauptet, Turngenossen, welche sich zur Mitgliedschaft bekannt, seien niedergebunden worden, und die einzelnen Posten hätten nicht besetzt werden können. Solche Behauptungen entsprechen nicht den Tatsachen. Der „Vorwärts“ hat eine Klärung der Angelegenheit zu veröffentlichen abgelehnt, wie das seine Art ist.

Kompagniefeier des Freiwilligen-Regiments Reinhardt sind jetzt an der Tagesordnung. Jede Woche soll eine Kompagnie ihr Fest haben. Wir können jedem sein Vermögen, überhaupt den vielen jungen Leuten, die im Regiment Reinhardt Dienst tun. Wir haben sie beim Tanzvergnügen viel lieber, als wenn sie mit Gewehr, Revolver und Karabinaten Unheil anrichten. Wir werden aber darauf hinzuwirken, daß auf ihrem Programm die Feste um 7 Uhr abends beginnen und um 8 Uhr morgens enden, wie das auf einem Programm der 12. Kompagnie am Freitag, den 21. Februar, im Belt 4 angezeigt ist. Wir werden gefreut, ob das Kompagniefest zur Hälfte im Dunkel abgehalten wird wegen der Lichtsperrre. Wer sich dafür interessiert, muß sich schon selber davon überzeugen. Aber die Reinhardttruppen machen sich wohl ihre Freude selber.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Groß-Berlin. Sämtliche Samariter werden ersucht, am Sonntag früh 9 Uhr zum Dienst am Brandenburger Tor zur Verteilung sich einzufinden.

Insertions-Aufträge für „Die Freiheit“, die für den folgenden Tag bestimmt sind, müssen bis spätestens 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben sein. Auch sind dieselben nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition der „Freiheit“, Infanterieabteilung, Schiffbauerdamm 19, zu adressieren. Für richtige Aufnahme telephonisch erteilter Inseratentexte kann keine Gewähr übernommen werden.

### Lebensmittellieferer.

Berlin. Der Magistrat teilt mit: Eine Besserung in den Transport- und Kontraktionsverhältnissen der Futterfabriken ist bisher nicht eingetreten. Infolgedessen kann die auf Abschnitt 29 der Berliner Futterkarte ausgedruckte Aufzeichnung nicht bereits in den nächsten Tagen in allen Geschäften zur Ausgabe gelangen. Der Abschnitt bleibt insoweit solange gültig, bis er von den betreffenden Kleinhandelsgehilfen eingeleitet werden kann. — Außerdem hat sich das Bundesministerium gezwungen gesehen, mit Rücksicht auf die zur Verfügung stehenden Knappen Beiträge an weitem Verbrauchszweck teilweise Aufträge zuzugewähren. Säuflingen soll Rohwurst nicht gegeben werden. Es ist daher erforderlich, die in sämtlichen Geschäften ohne Einwirkung in die Handlung gültigen Aufträge für die Kinder im ersten Lebensjahr nur in solchen Geschäften einzulösen, die Rohwurst zur Verfügung haben. — Wenn darauf hinwirken wird, daß trotz der Transport- und Kontraktionsverhältnisse im Lebensmittelhandel größere Aufzeichnungen zu haben sind, so ist darauf hinzuwirken, daß es sich hier regelmäßig um Aufträge handelt, der trotz aller Vorkehrungen auf dem Transport nach Berlin und innerhalb Berlins und in den Geschäften selbst geschloßen wird. Dieser Auftragsverkehr hat trotz aller behördlichen Maßnahmen leider ebensowenig wie der Lebensmittelhandel mit anderen Lebensmitteln ausgerottet werden können. Wegen alle zur Kenntnis der Futterverorgungsstelle gelangenden Unregelmäßigkeiten wird mit aller Eile Schritte vorgegangen.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wilsch, Neuhöllern - Verlag „Die Freiheit“ G. m. b. H., Berlin. — Druck der Vindobrunnerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Schiffbauerdamm 19